

463004-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten – Grundschule Riebeckstr. 50, Los 4050 Schwachstrom

OJ S 127/2026 06/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Leipzig

E-Mail: agm-vergabe@leipzig.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Grundschule Riebeckstr. 50, Los 4050 Schwachstrom

Beschreibung: Los 4050 Schwachstrom, 04317 Leipzig

Kennung des Verfahrens: d1a4dbff-e9d3-4946-be68-680c4aa0064a

Interne Kennung: L-65.3-2026-00275

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Riebeckstraße 50

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04317

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Angebot/der Teilnahmeantrag ist ausschließlich über die Plattform eVergabe.de (Bietercockpit) und nur in der dort vorgegebenen elektronischen Form (nicht per E-Mail und nicht in Papierform!) und mit dem von der Auftraggeberin vorgegebenen Inhalt einzureichen. Die Kommunikation zu Verfahren, bspw. sämtliche Informationen über Änderungen der Bekanntmachungen und/oder Vergabeunterlagen sowie alle nach der Angebotsöffnung folgenden notwendigen Informationen werden über eVergabe.de bzw. das Bietercockpit bereitgestellt. Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Für Mängelansprüche ist Sicherheit in Höhe von drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme) zu leisten. Alle geforderten Nachweise bzw. Angaben sind, sofern nicht anders beschrieben, mit dem Angebot vorzulegen.

Rechtsgrundlage:

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen

Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Korruption: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Betrug: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Es gelten die Regelungen der §§ 123 ff. GWB und § 6e EU ff. VOB/A. Bei den fakultativen Ausschlussgründen wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Grundschule Riebeckstr. 50, Los 4050 Schwachstrom

Beschreibung: ACHTUNG! DIE ANGEBOTSFRIST ENDET AM 10.08.2026, 13:00 UHR! 1 St. Behinderten-Notrufanlage nach DIN VDE 0834-1 mit USV-gestütztem Netzgerät, Elektronikmodul, Störmeldemodulen, Dienstzimmereinheiten, sowie Zug-, Ruf- und Abstellastern 5 St. IP-Türsprechanlagen mit Aufschaltung der Sprechstellen auf bauseitige TK-Anlage über IP, davon 2 St. mit Videokamera, zum Teil mit beleuchteten Großflächentastern und Einbaumodul für bauseitige Transponderleser 1 St. Uhrenanlage mit DCF-gesteuerter Signalhauptuhr mit 8 Steuerkreisen einschl. ca. 24 Nebenuhren inkl. Aufschaltung auf Sprachalarmanlage zur Pausensignalisierung 1 St. Videoverkabelung HDMI passiv für ca. 21 Links inkl. Anschlussdosen 1 St. Erweiterung und Umbau einer bauseitigen Einbruchmeldeanlage VdS Klasse B des Fabrikates ABI Sicherheitssysteme GmbH in Bustechnik für 1 Blockschlossbereiche mit Übertragungsgerät IP/LTE, inkl. Austausch der EMZ sowie Ausbau der Anlage um 1 Transponder-Bedienteil, ca. 38 PIR-Bewegungsmeldern und ca. 14 Auswerteeinheiten, Meldergruppen-, Eingangs- und Relaismodulen zur Aufschaltung bauseitiger Kontakte bzw. zur Steuerung ext. Anlagen 1 St. Erweiterung und Umbau einer bauseitigen Hausalarmanlage nach DIN VDE 0833-2 des Fabrikates NSC Sicherheitstechnik GmbH in Ringbustechnik mit insgesamt 6 Ringen, inkl. Austausch der BMZ sowie Ausbau der Anlage um ca. 27 optische Alarmgeber entsprechend EN 54-23, ca. 200 automatische sowie ca. 37 nichtautomatische Melder und ca. 10 Koppler und I/O-Module 1 St. Erweiterung und Umbau einer bauseitigen Sprachalarmierungsanlage nach DIN VDE 0833-4 des Fabrikates simax electronics GmbH, inkl. Austausch der SAZ einschl. der zugehörigen Anschluss-, Steuer- und Überwachungsbaugruppen, Einschl. Neuerrichtung einer über LWL anzubindenden, kompatiblen Unterzentrale für 45 Linien mit einer Gesamtleistung von ca. 2.300W einschl. Endstufenmanagement, digitalem Linienwächtern, Display-Interface, 100V Leistungsverstärkern sowie Notstromversorgung, ca. 190 Lautsprechern in verschiedenen Ausführungen etc. 1 St. Strukturiertes Netz mit 1 Netzwerkknoten inkl. ca. 540 Port Kat. 6A, ca.

29.500 m Datenkabel Kat. 7A, Links Class EA sowie ca. 600m LWL-Querverbindungen E9 /125 OS2, aufgeschaltet auf Kupplungen LC-D, inkl. Dämpfungs- und OTDR-Messungen in verschiedenen optischen Fenstern, einschl. Querverbindungen Cu 50/20 DA Kat.3 inkl. Patchfelder RJ45, zum Teil mit Überspannungsschutz, für die Anschlusskomponenten sowie die Kabel des Strukturierten Netzes ist eine 25-jährige Systemgarantie über die Einhaltung der geforderten Übertragungswerte sowie die Funktion je Link zu gewähren 1 St. Verlegesysteme bestehend aus Isolierstoff- und Aluminiumrohren, Leitungsführungskanälen sowie C-Profilschienen
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Riebeckstraße 50
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04317
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 26/10/2026
Enddatum der Laufzeit: 24/04/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, ACHTUNG! DIE ANGEBOTSFRIST ENDET AM 10.08.2026, 13:00 UHR! Bieterfragen müssen bis 10

Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabeplattform eingegangen sein. Später eingehende Bieterfragen werden grundsätzlich als verspätet nicht beantwortet. Die Bautermine dienen der unverbindlichen Orientierung. Der konkrete Baubeginn erfolgt auf gesonderte Aufforderung.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: gemäß Eigenerklärungen: ILO-Kernarbeitsnormen, Verpflichtungserklärung über Mindestentgelte/Mindestlöhne/Mindestarbeitsbedingungen, Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Bei Nichtvorlage dieser Eigenerklärungen wird das Angebot ausgeschlossen.

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Angebotsabgabe müssen im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung Angaben über Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, welche für die Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehen, gemacht werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bietergemeinschaft: Mit Angebotsabgabe ist im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung anzugeben, ob beabsichtigt ist, die Leistung durch eine Bietergemeinschaft zu erbringen. Wenn dies so ist, ist die gesonderter Anlage "VHB 234 Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" mit Angebot abzugeben. Arbeitskräfteanzahl zur Erbringung der Leistung: Mit Angebotsabgabe müssen im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung Angaben über die zur Erfüllung der Leistung geplante Anzahl der Arbeitskräfte gemacht werden. Gesamtstunden: Mit Angebotsabgabe müssen im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung Angaben über die zur Erfüllung der Leistung geplante Gesamtstundenzahl gemacht werden. Einbruchmeldeanlage: Mit Angebotsabgabe ist der Nachweis über das zwingend erforderliche VdS- oder BHE-Zertifikat als Errichterfirma oder Fachfirma für Einbruchmeldeanlagen (EMA) vorzulegen. Brandmeldeanlage: Mit Angebotsabgabe ist der Nachweis über das zwingend erforderliche Zertifikat als Fachfirma nach DIN 14675 oder als VdS-zertifizierte Errichterfirma für Brandmeldeanlagen (BMA) vorzulegen. Sprachalarmanlage: Mit Angebotsabgabe ist der Nachweis über das zwingend erforderliche Zertifikat als Fachfirma nach DIN 14675 oder als VdS-zertifizierte Errichterfirma für Sprachalarmanlagen (SAA) vorzulegen.:

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Angebotsabgabe sind mindestens 2 Referenzen über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch Vorlage von Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis der Leistungen nachzuweisen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Angebotsabgabe müssen im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem Leitungspersonal gemacht werden.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Angebotsabgabe ist im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung anzugeben, ob beabsichtigt ist, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen. Wenn dies so ist, ist die vorgesehene Teilleistung mittels gesonderter Anlage "VHB 235 Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen" mit Angebot anzugeben. Auf gesondertes Verlangen des öffentlichen Auftraggebers müssen die Angaben zur Firma, zur Eignung und zu Ausschlussgründen bzgl. der anderen Unternehmen mittels Eigenerklärung gemacht werden. Der Bieter muss ungeeignete andere Unternehmen und andere Unternehmen bei denen Ausschlussgründe nach § 6e EU Absatz 1-6 VOB/A vorliegen auf Aufforderung des öffentlichen Auftraggebers ersetzen. Eignungsleihe: Mit Angebotsabgabe ist im Fragebogen

zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung anzugeben, ob Kapazitäten anderer Unternehmen in Form der Eignungsleihe genutzt werden sollen. Wenn dies so ist, ist die vorgesehene Kapazität im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung anzugeben und der konkrete geforderte Eignungsnachweis ist mit Angebotsabgabe vorzulegen. Auf gesondertes Verlangen des öffentlichen Auftraggebers müssen die Angaben zur Firma, zur Eignung und zu Ausschlussgründen bzgl. der anderen Unternehmen mittels Eigenerklärung gemacht werden. Der Bieter muss ungeeignete andere Unternehmen und andere Unternehmen bei denen Ausschlussgründe nach § 6e EU Absatz 1-6 VOB/A vorliegen auf Aufforderung des öffentlichen Auftraggebers ersetzen.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Angebotsabgabe müssen im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder andere Form der Eigenerklärung Angaben zum Umsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen gemacht werden.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Handwerksrolle: Mit Angebotsabgabe muss die Eintragung in die Handwerksrolle durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen nachgewiesen werden oder rechtlich zulässige Gründe für das Fehlen der Eintragung mittels Eigenerklärung dargelegt werden. Bieter aus anderen EU-Mitgliedsstaaten müssen mit Angebotsabgabe die im Herkunftsland einschlägigen Registereintragungen gemäß RL 2014/24/EU, Anhang XI in deutscher Übersetzung vorlegen oder rechtlich zulässige Gründe für das Fehlen der Bescheinigung mittels Eigenerklärung in deutscher Sprache darlegen.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Handelsregister: Mit Angebotsabgabe muss die Eintragung in das Handelsregister entweder durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen oder durch Angabe des Handelsregisters und der Registernummer im Fragebogen zur Eignungsprüfung oder anderer Form der Eigenerklärung nachgewiesen werden oder rechtlich zulässige Gründe für das Fehlen der Handelsregistereintragung mittels Eigenerklärung dargelegt werden. Bieter aus anderen EU-Mitgliedsstaaten müssen mit Angebotsabgabe die im Herkunftsland einschlägigen Registereintragungen gemäß RL 2014/24/EU, Anhang XI durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen in deutscher Übersetzung nachweisen oder rechtlich zulässige Gründe für das Fehlen der Bescheinigung mittels Eigenerklärung in deutscher Sprache darlegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 10/08/2026 13:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 65 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen erfolgt gemäß § 16a EU VOB /A.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 11/08/2026 00:01:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Wesentliche Finanzierungs- und

Zahlungsbedingungen: gemäß VOB/B; Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Wenn ein Unternehmen eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB geltend machen will, dann ist der Antrag unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Leipzig

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Leipzig

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Leipzig
Registrierungsnummer: 14713000-SV01-88
Postanschrift: Martin-Luther-Ring 4-6
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04109
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Amt für Gebäudemanagement
E-Mail: agm-vergabe@leipzig.de
Telefon: +49 341123-7376
Internetadresse: <https://www.leipzig.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: ohne
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 341977-3800

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e4d98afc-ae3-47fe-b48d-b2c78089e78c - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/07/2026 07:31:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 463004-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 127/2026
Datum der Veröffentlichung: 06/07/2026